

Bericht und Abänderungsantrag

des Rechtsausschusses und des Sozialausschusses über den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung (Beilage 88) betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen (Zahl 22 - 62) (Beilage 122).

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss haben den selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen, in ihrer 01. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 20. Mai 2020, beraten.

Landtagsabgeordnete Doris Prohaska wurde zur Berichterstatterin gewählt.

Nach ihrem Bericht stellte Landtagsabgeordnete Doris Prohaska einen Abänderungsantrag.

Danach erfolgte eine Wortmeldung der Landtagsabgeordneten Mag.^a Regina Petrik.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska gestellte Abänderungsantrag einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Sozialausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle dem selbständigen Antrag der Landtagsabgeordneten Regina Petrik und Wolfgang Spitzmüller auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Implementierung von Buddy-Systemen an Schulen, unter Einbezug der von der Landtagsabgeordneten Doris Prohaska beantragten und in der Beilage ersichtlichen Abänderungen, die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Eisenstadt, am 20. Mai 2020

Die Berichterstatterin:
Doris Prohaska eh.

Der Obmann des Rechtsausschusses
als Vorsitzender der gemeinsamen Sitzung:
Mag. Christian Dax eh.

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 20. Mai 2020

Abänderungsantrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen zum selbständigen Antrag Zahl 22 - 62, welcher abgeändert wird wie folgt:

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

des Burgenländischen Landtages vom betreffend die Unterstützung der psychosozialen Präventionsarbeit an Schulen

An den burgenländischen Schulen der Sekundarstufe eins und zwei gibt es eine Mehrzahl von laufenden landesweiten Programmen und Projekten zur Mobbingprävention sowie zur Gewaltprävention. Darüber hinaus werden durch diese Projekte der zwischenmenschliche Beziehungsaufbau und die positive Gestaltung der Kommunikation gefördert. Ferner erfolgt im Rahmen dieser Projekte eine Stärkung der sozialen Kompetenzen sowie der Konfliktlösungskompetenzen der Schülerinnen und Schülern.

Zu nennen sind hier beispielsweise folgende Projekte:

- ein Buddy-System für SchülerInnen der 9. Schulstufe im Bundesgymnasium Kurzwiese, der HBLA Oberwart und dem Bundesgymnasium Oberpullendorf
- Kennenlerntage, Projekttag und Soziales Lernen an Mittelschulen für Schülerinnen und Schüler der 5. Schulstufe
- das landesweite Gewalt und Mobbingpräventionsprojekt „SCHULKLIMA 4.0“
- Landesweite Workshopangebot für Schülerinnen und Schüler von pro mente „Verrückt, na und?“ als präventive Maßnahme zur psychischen Gesundheit
- Peer-Mediation an Bundesschulen.

Der Einsatz von Buddy-Systemen erfolgt üblicherweise zum besseren und schnelleren „Einleben“ beim Schulwechsel. Diese Maßnahme trägt zu einer Verbesserung des Schulklimas bei und wird Mobbing verringern. Darüber hinaus entstehen manchmal durch Schulwechsel sozial schwierige Situationen, in welchen Buddy Systeme bei der Kontaktherstellung unterstützen können. von Mobbingattacken führen.

Im Rahmen des Projekts „SCHULKLIMA 4.0“ wird beispielsweise an Mittelschulen der Schwerpunkt auf frühe „Suchtprävention“ gelegt. Über einen längeren Begleit- und Schulungsprozess für die Pädagoginnen und Pädagogen wird hierbei in erster Linie das Klassen- und Schulklima bearbeitet, um eine bessere Stabilität in emotional schwierigen Situationen zu erlangen.

Diese Projekte tragen wesentlich zur Charakterstärkung der Schülerinnen und Schüler bei, sodass ein Ausbau sowie eine weitere Unterstützung dieser Projekte zu begrüßen sind.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge die Entwicklung sowie die Umsetzung von Projekten zur psychosozialen Präventionsarbeit an Bundesschulen durch auf diesem Gebiet entsprechend ausgebildete Fachkräfte forcieren und sicherstellen.